

Schwäbische Zeitung



Hoffnung auf ein Rutenfest 2021 steigt
Rutenfestkommission plant trotz Corona mit dem Ravensburger Heimatfest. Seite 13

Streit um Mobilfunkmast geht weiter
Eine Interessengemeinschaft kämpft gegen das 35 Meter hohe Bauwerk. Seite 17



Mo.-Fr. € 2,10 | Sa. € 2,30 UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK Donnerstag, 3. Dezember 2020

2021
E-Paper-Abonnenten erhalten ihre Wertmarke mit Südmilch.
Heute!
Die neue Wertmarke für Ihre AboKarte liegt der Zeitung bei.

Haftbefehl wegen Mordes gegen den Trierer Amokfahrer

TRIER (dpa) - Nach der tödlichen Amokfahrt mit einem Auto in der Fußgängerzone in der Trierer Innenstadt ist gegen den Tatverdächtigen Haftbefehl wegen Mordes in fünf Fällen ergangen. Das teilte die Staatsanwaltschaft Trier am Mittwoch mit. Zudem werde er wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung in 18 weiteren Fällen beschuldigt. Nach der Entscheidung des Ermittlungsrichters des Amtsgerichts Trier kommt der 51-jährige Deutsche somit in Untersuchungshaft. Wegen Hinweisen auf eine mögliche psychische Erkrankung war auch die Unterbringung in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung infrage gekommen. • SEITE 9

Teil-Lockdown bis 10. Januar verlängert

BERLIN (dpa) - Der Teil-Lockdown mit geschlossenen Restaurants, Museen, Theatern und Freizeiteinrichtungen wird bis zum 10. Januar verlängert. Das haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder bei ihren Beratungen am Mittwoch beschlossen, wie die CDU-Politikerin im Anschluss mitteilte. „Im Grundsatz bleibt der Zustand, wie er jetzt ist“, sagte Merkel. Ursprünglich waren die gegenwärtigen Auflagen bis zum 20. Dezember befristet. • SEITE 5

Gewinnzahlen

Lottozahlen	1, 2, 32, 41, 43, 44
Superzahl	1
Spiel 77	19 6 4 9 3 3
Super 6	2 5 5 3 3 3

49. Ausspielung / Ohne Gewähr

Heute lesen Sie

Motorsport Michael Schumachers Sohn



Mick startet nächstes Jahr in der Formel 1 Seite 21

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777



Südwesten kann aufs Auto nicht verzichten

Schlechte Verkehrsanbindung ist laut Umfrage das größte Ärgernis vieler Dorfbewohner

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Zum eigenen Auto gibt es keine Alternative. Davon sind zwei von drei Baden-Württembergern laut einer aktuellen Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten überzeugt. Wer täglich oder mehrmals wöchentlich sein Auto nutzt, kann sich kaum eine Alternative vorstellen, so das Ergebnis des Instituts für Demoskopie Allensbach für den BaWü-Check zur Verkehrspolitik im Land. Doch: Je jünger die Befragten, desto eher können sie sich ein Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorstellen.

Insgesamt stellen die Bürger im Südwesten der Politik in Sachen Verkehr kein gutes Zeugnis aus. 64 Prozent äußerten die Meinung, dass zu wenig in Straßen und Brücken im Land investiert werde. Im Vergleich zu 2015, als das Institut dieselbe Frage gestellt hatte, ist die Zahl der Unzufriedenen sogar leicht gestiegen. Die meisten wünschen sich also mehr Investitionen in die Straßeninfrastruktur – aber ohne dabei den Ausbau des ÖPNV zu vergessen. Beides soll parallel passieren, findet eine Mehrheit der Bevölkerung. Unter den 18- bis 29-Jährigen herrscht derweil die Meinung vor, dass mehr Geld in den ÖPNV statt in Straßen gesteckt werden sollte.

Die Bedürfnisse an die eigene Mobilität sind in der Stadt und auf dem Land sehr unterschiedlich, wie die Umfrage bestätigt. Als drängendstes Problem nennen Bewohner von Großstädten etwa die Preise im öffentlichen Nahverkehr und Staus. Letztere brennen auch den Landbewohnern unter den Nägeln – jeder Zweite bezeichnete

Staus als Problem. Als größtes Ärgernis nannten Dorfbewohner aber die schlechte Verkehrsanbindung ländlicher Regionen. Trotz aller Probleme gehen die Bürger weder mit der grün geführten Landesregierung, noch mit deren grünem Verkehrsminister Winfried Hermann allzu hart ins Gericht. Auffällig dabei: Viele Bürger trauten sich keine Bewertung zu. Die Befragung des Allensbach-Instituts vom November stützt sich auf mehr als 1000 Online-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Südwest-Bevölkerung ab 18 Jahre. • LEITARTIKEL, SEITE 3



London lässt Impfstoff zu

Vakzin von Pfizer und Biontech soll in Kürze eintreffen

LONDON (dpa) - Die britische Aufsichtsbehörde für Arzneimittel hat eine Notfallzulassung für den Corona-Impfstoff des Mainzer Unternehmens Biontech und seines US-Partners Pfizer erteilt. Bereits nächste Woche soll der Impfstoff im Land erhältlich sein, teilte die Regierung am Mittwoch in London mit. Die ersten Lieferungen sollen in wenigen Tagen auf der Insel eintreffen, bestätigten Biontech und Pfizer. Sie haben demnach mit Großbritannien eine

Vereinbarung über die Lieferung von 40 Millionen Impfstoffdosen getroffen. Die Dosen reichen für 20 Millionen Menschen – das Mittel muss zweimal verabreicht werden. Großbritannien hat knapp 67 Millionen Einwohner. Für die EU will die Europäische Arzneimittel-Agentur Ema noch im Dezember über eine Zulassungsempfehlung für den Corona-Impfstoff von Biontech und Pfizer entscheiden. • SEITE 5

Kurz sagt Skiurlaub ab

Österreich schließt Hotels und Gaststätten bis 7. Januar

WIEN (dpa) - Österreich verhängt für alle Einreisenden aus Corona-Risikogebieten vom 7. Dezember bis zum 10. Januar eine zehntägige Quarantänepflicht. Ziel sei es, den Tourismus weitgehend einzudämmen, teilte die Regierung am Mittwoch in Wien mit. Österreich setze auf ein konsequentes Grenzregime, damit das Virus nicht durch Rückkehrer oder Touristen ins Land getragen werde, sagte Kanzler Sebastian Kurz am Mittwoch in Wien.

Der Schwellenwert sei mehr als 100 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 14 Tagen. Das gelte praktisch für alle Nachbarstaaten, hieß es. Alle Gaststätten und Hotels müssen bis zum 7. Januar geschlossen bleiben. Es werde wirtschaftliche Entschädigungen geben, sagte Kurz. Die Lifte in den Skigebieten dürfen ab dem 24. Dezember öffnen – und können somit im Wesentlichen von Einheimischen genutzt werden. • SEITE 10

Unterm Strich

Das wird man ja wohl noch schenken dürfen!

Weihnachten naht mit großen Schritten. Und auch wenn das Fest der Liebe, das wir anlässlich Jesu Geburt feiern – und nicht etwa, um die Ramschkäufe vom Schwarzen Freitag wieder loszuwerden –, dieses Jahr etwas anders als gewohnt ablaufen wird, eines bleibt doch gleich: Es wird Geschenke hageln. Das ist so sicher wie das Amen in der Christmette. Denn auch wenn Corona uns Kurzarbeit beschert und den ohnehin schon trist-grauen November noch ein wenig trüber gemacht hat – das Konsumieren lassen wir uns

doch von so einem Virus nicht nehmen. Wäre ja noch mal schöner! Jetzt hat es uns schon Pauschalreisen, das Schlemmen in All-You-Can-Eat-Restaurants, das Balladen-Bier auf dem Konzert und den peinlichen Alkohol-Auftritt auf dem Dorffest genommen, aber das Schenken lassen wir uns nicht verbieten! Das wird man ja wohl noch schenken dürfen! Doch auch am Fingerspitzengefühl, mit dem man Geschenke aussuchen sollte, ändert sich dieses Jahr nichts. Mund-Nasen-Bedeckung im Weihnachtslook? Ein Stimmungskiller, der Diskussionen auslöst. Ele-

ganter Flakon für Desinfektionsmittel? Lieber nicht, der Duft ist nicht individuell genug. Krawatte? Trägt sowieso niemand freiwillig, wenn es im Homeoffice auch die Jogginghose tut für die virtuelle Konferenz. Versuchen Sie es lieber mal so: Mit der beheizbaren Computermaus wird es dem Empfänger nicht nur warm ums Herz. Oder der Wohnsack – eine warme Decke mit Ärmeln. Und wenn gar nichts einfällt: Nudeln und Klopapier gehen immer. Sogar alles schon verpackt. (dre)



Der Nachteil an diesem Mundschutz: Nach Weihnachten sieht man damit ziemlich alt aus. FOTO: IMAGO IMAGES

Leitartikel

Von Kara Ballarin



Es fehlen flexible Alternativen

Der Verkehrssektor ist das Sorgenkind beim Kampf gegen den Klimawandel. Kein anderer Bereich hat in den vergangenen Jahrzehnten so wenig zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen. Mit mahnenden Zeigefingern und einer Verteufelung des Autos ist es aber nicht getan. Gerade auf dem Land gibt es oft keine Alternative zum Auto. Das bestätigt die Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg mehr als deutlich.

Seit fast zehn Jahren arbeitet der grüne Südwest-Verkehrsminister Winfried Hermann daran, Baden-Württemberg vom Auto- zum Mobilitätsland umzubauen – mit gewissem Erfolg. Die Zugpreise im Land sind gesunken, alte Bahnstrecken werden reaktiviert, mehr Geld für Busse ausgegeben und Rad-Schnellstrecken gebaut. Auch die Sanierung der Straßen schreitet mit Rekordsummen voran.

Wenig hilfreich ist es aber, penetrant die Landbewohner zum Umstieg vom Auto auf Bus, Bahn und Rad anzuhaken. Wie soll das für den Bürger auf dem Dorf denn funktionieren, wenn der Bus auch heute nur zweimal am Tag fährt, wenn der nächste Bahnhof Kilometer entfernt ist, und das Radfahren auf der unübersichtlichen, engen Landstraße zur Mutprobe wird, weil es eben doch keinen Radweg gibt? Klar ist: Auf dem Land trägt Mobilität noch immer überwiegend den Namen Auto. Das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben. Stadtbewohner beklagen derweil andere Probleme wie Staus und zu teure Ticketpreise für Bus und Bahn.

Um die Mobilitätswende tatsächlich zu erreichen, braucht es weiter große finanzielle Anstrengungen. Den Bürgern ist dabei egal, ob das Geld vom grünen Verkehrsminister aus Stuttgart oder von CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer aus Berlin kommt. Klar ist: Für eine Sanierung der Landstraße muss ebenso Geld da sein wie für günstigere ÖPNV-Tickets. Und wer Landbewohner vom Auto weglocken will, sollte stets bedenken: Für einen Umstieg braucht es echte, flexible Alternativen.

✉ k.ballarin@schwabeische.de

Wetter

2° bis 4°C
Vorrübergehend wird es freundlicher.

Börse

DAX: - 0,52%
Aktuell: 13 313,24 | Vortag: 13 382,30

Nr. 281 | B 6206



4 190620 602107 4 0049

